

Sommer 2019 . kostenlos

Politicum

Das Magazin der
Fachschaft
Politik & Soziologie



Europa nach der Wahl



Liebe Leserinnen und Leser.

Auch an unserer Universität wurde die Europawahl in Form verschiedener Veranstaltungen aufgegriffen. So hat sich beispielsweise auch unsere Fachschaft mit einem Informationsstand im Vorfeld der Wahl

beteiligt. Und auch wir beim Politicum möchten uns dem Thema natürlich widmen. Während auf europäischer Ebene noch die Posten verhandelt werden, wagen wir in diesem Heft erste Rück- und Ausblicke. Dabei widmen sich die Artikel interessanten Themen wie der Idee einer europäischen Armee und Lobbyismus auf europäischer Ebene. Ebenso gibt es einen Einblick in das Stimmungsbild in Brüssel nach der Wahl. Und auch der Umweltschutz findet seinen Platz in unserem Heft.

Selbstverständlich befassen sich auch unsere Dozentenkommentare mit dem Titelthema. Herr Saracino widmet sich in seinem Kommentar der „grünen Welle“. Dem gegenüber stellt Herr Jelic Überlegungen zu den Wahlergebnissen rechter Parteien an. Christiane Heidbrink zeigt in ihrem Kommentar, warum Europa näher ist, als man denken mag. Zudem analysiert Herr Liedtke die Wahl unter den Gesichtspunkten des Wahlverhaltens und daraus folgender Machtkämpfe.

In unseren Ohne-Worte-Interviews stellen wir dieses Mal Frau Fischer sowie Herrn Pustovitovskij vor.

Doch diese Ausgabe ist nicht nur eine Ausgabe des Ausblicks und der Vorstellungen. Auch einem Abschied widmen wir uns. Frau Prof. Dr. Lucke verlässt zum Ende des Semesters die Universität als Professorin und Lehrkraft. Zu diesem Anlass hat sich Laura Meyer mit ihr zusammengesetzt und über ihre Karriere und ihren Werdegang gesprochen.

Und auch wir möchten uns mit dieser Ausgabe als Hauptverantwortliche des Politicums verabschieden. Wir hatten viel Freude an der Aufgabe, und hoffen, dass wir zwei schöne Hefte zustande gebracht haben.

Ab dem nächsten Semester werden dann Laura Meyer und Lilian Sekkai unseren Platz einnehmen.

Wer Interesse daran hat, sich an der kommenden Ausgabe zu beteiligen, kann sich gerne unter der Mailadresse politicum@fs-sozpol.de melden.

Abschließend wünschen wir allen, die es betrifft, viel Erfolg bei den Klausuren sowie Hausarbeiten. Viel Spaß mit dieser Ausgabe des Politicums und eine schöne vorlesungsfreie Zeit,

Nils Geuenich und Philip Hülsmann

Inhalt

- 4 Ohne Worte - Sandra Fischer, M.A.

Titelthema

- 6 Braucht es eine Europa-Armee
7 Die EU - Eine Lobbykratie
8 L'Europe aux Bruxelles
9 "Wie geil Paris damals war..."

12 Wissenschaftlerin mit Leib und Seele

Dozentenkommentare

- 14 Europäische Machtspiele und die Europawahl 2019
15 Noch einmal gut gegangen? Mitnichten!
Europa steht vor einer Zerreißprobe
16 Europa hautnah
17 Die Mär von der "grünen Welle"

Ringseminar

- 18 Jugend und Politik - Generationenkonflikt in unserer Demokratie?
19 Europa hat gewählt - Und Jetzt?

20 Ohne Worte - Dr. Andrej Pustovitovskij

22 Impressum



Liebe Studierende,

wieder einmal neigt sich ein Semester dem Ende zu und wir wollen gemeinsam mit euch die Ereignisse des Sommersemesters 2019 reflektieren. Am 16. Mai und am 6. Juni fanden unsere beiden Ringseminare statt. Ersteres beschäftigte sich mit dem Thema Jugend und Politik und thematisierte einen möglichen Generationenkonflikt in unserer Gesellschaft, wohingegen letztere Veranstaltung die Europawahl und mögliche Auswirkungen des Wahlergebnisses vom 26. Mai ansprach. Wir hoffen, dass ihr euch auf den beiden Veranstaltungen politisch weiterbilden konntet! Auch unsere Partykoalition mit der Fachschaft Geographie ging dieses Jahr in die zweite Runde. Am 23. Mai dieses Jahres feierten wir zum zweiten Mal die Party des Semesters unter dem Motto „Fridays for Future – Thursday for Party“ im Brückenforum in Beuel. Wir hoffen, dass ihr euch dort amüsiert habt und wir euch auf den nächsten Partys wiedersehen! Anfang Juni reisten etwa 40 Kommilitonen und Kommilitoninnen auf der Exkursion mit uns nach Brüssel und verbrachten dort vom 11.-14. Juni vier ereignisreiche Tage. Teile des Programms waren unter anderem ein Besuch bei der ständigen Vertretung der NATO, sowie Besuche des europäischen Parlaments, der ARD, des Hauses der europäischen Geschichte und eine Stadtführung. Erst vor wenigen Tagen fand unser jährliches Fußballturnier auf dem Venusberg statt. Mit einer Anzahl von 14 angemeldeten Teams wurde diesmal schon vor dem Anpfiff der erste Rekord gebrochen. Nach einem langen Tag mit spannenden Spielen konnte letztlich das Team SV Wacker Durchsaufen den Titel verteidigen. Wir verabschieden uns mit einigen Einladungen: Kommt gerne im Semester mittwochs um 20 Uhr c.t. im großen Übungsraum vorbei und nehmt an einer Fachschaftssitzung teil, wenn ihr Interesse habt euch hochschulpolitisch zu engagieren oder euren Studiengang aktiv durch mitzugestalten.

Wenn ihr mitverfolgen wollt, was die Fachschaft euch an Veranstaltungen bietet oder was in und um unseren Studiengang Interessantes passiert, abonniert auch gerne unseren Newsletter über unsere Website (fs-sozpol.de), folgt uns auf Instagram oder lasst uns ein like auf Facebook da. Bei Fragen und Problemen könnt ihr im Semester dienstags und donnerstags zwischen 12 und 13 Uhr gerne in unserer Sprechstunde vorbeischauen. In den Ferien sind wir nur mittwochs zwischen 13-14 Uhr im Büro ansprechbar. Ansonsten schreibt uns gerne eine Mail an sprechstunde@fs-sozpol.de! In diesem Sinne wünschen wir viel Erfolg bei euren Klausuren und Hausarbeiten und eine ansonsten erholsame vorlesungsfreie Zeit und viel Spaß beim Lesen des Politicums!

Josephine Lamberti und Simon Peters

Ohne Worte

mit Sandra Fischer M.A.

von Lilian Sekkai und Philip Hülsmann



Sie haben unter anderem in
Ottawa studiert. Was lieben Sie
besonders an Kanada?



Was macht Ihnen an Ihrer Arbeit
am meisten Spaß?



Was machen Sie am liebsten in Ihrer Freizeit?



Welches Buch sollte Ihrer Meinung nach
jede oder jeder gelesen haben?



Was verbinden Sie mit Ihrer
Schulzeit?



Sie haben (neben Kanada) in Aachen
und Bonn studiert: Printen oder Haribo?



+



Der schönste Ort in Bonn für mich ist ...

Braucht es eine Europa-Armee?

Europas eigene und gemeinsame Armee. Was könnte das bedeuten und bewirken?

von Annika Fränken

Und bislang genauso ungeklärt: Wie soll eine solche Armee aussehen und wer wäre für sie verantwortlich?

Zunächst verbinden wir mit dem Wort „Armee“ Gewalt, weshalb die Idee einer neuen Europa-Armee übel aufstößt. Die Ideale Europas sind doch Friede und Diplomatie und nicht Militär.

Doch warum stehen zwei der wichtigsten Akteure der europäischen Union, Merkel und Macron, trotzdem so stark hinter einer Idee, die bei vielen friedliebenden Demokraten zunächst auf intuitive Ablehnung trifft?

Zunächst hätte das Projekt einer europäischen Armee nicht von der Hand zu weisende, praktische Nutzen. Eine der Hauptmotivationen für die Gründung der EU war der Wunsch und Wille nach Friedenssicherung. Hätten die Mitgliedstaaten ein gemeinsames Militär, könnten sie kaum noch gegeneinander Krieg führen. Doch Frieden durch Waffenpräsenz? Ob das wirklich die Art von Zusammenarbeit ist, für die die EU kürzlich erst als Gemeinschaft den Friedensnobelpreis erhielt, ist fraglich. Lässt man diese idealistischen Zweifel bei Seite, fällt noch ein zweite praktische Folge ins Auge.

Natürlich wäre eine zusammengeschlossenen Armee deutlich kostengünstiger als achtundzwanzig kleine Armeen der einzelnen Mitgliedstaaten. Das gesparte Geld könnte gut genutzt werden, um Europa militärisch mehr Stärke und somit Einfluss zu verleihen. Auch wenn niemand eine europäische Armee als Gegenentwurf zur NATO sehen möchte, wäre es für die europäische Souveränität doch von Vorteil, in militärischen Angelegenheiten nicht mehr so stark

von den Vereinigten Staaten abhängig zu sein.

Als Gedankenkonstrukt scheint eine europäische Armee also doch nicht so schlecht zu sein, wie man zunächst meinen könnte. Mehr Einfluss für Europa, geringere Kosten und ganz nebenbei auch noch eine Friedensgarantie für unseren Kontinent.



Foto: Marco Verch, www.flickr.com

Doch Schluss mit träumen. Die Realität sieht leider deutlich anders aus. Im Europa der Gegenwart ist kaum das nötige Miteinander vorhanden, um nicht ständig Angst haben zu müssen, auseinander zu driften. Immer mehr Menschen stehen der Gesamtidee Europa kritisch gegenüber. In einer solchen heiklen Zeit wäre wohl kaum ein Staat dazu bereit, einen Teil seiner nationalen Souveränität an ein weiters gesamteuropäisches Projekt abzugeben. Wer würde überhaupt über den Einsatz und den Kompetenzbereich einer solchen Armee bestimmen? Rat, Kommission oder Parlament und wie passt das mit den Verfassungen der einzelnen Mitgliedsstaaten zusammen? Darüber hinaus ist es sehr zweifelhaft, ob die Mitgliedstaaten dazu bereit wären, ihre eigenen Armeen aufzulösen, sollte es zu einem europäischen Zu-

sammenschluss kommen. Das Ergebnis wären wohl eher achtundzwanzig kleine Armeen plus einer großen, aber finanziell schwachen und ineffizienten gesamteuropäischen Armee. Die Kosten würden sich vielleicht noch häufen statt abzunehmen. Im Konfliktfall könnte außerdem auch einfach wieder auf die eigene Armee zurückgegriffen werden, womit das Argument der Friedenssicherung auch entkräftet wäre.

Welche Sprache soll gesprochen werden, wie sollen sich die Waffenarsenale in der EU verteilt werden und noch wichtiger, was soll mit den Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens geschehen? Auch hier ist kaum denkbar, dass die beiden Staaten die Kontrolle über ihre mächtigsten Waffen an ein Europa abgeben.

In der momentanen Stimmungslage kann das Projekt einer Europa-Armee also als wünschenswerte Zukunftsmusik abgestempelt werden und neben der Idee einer europäischen Republik eingeordnet werden. Dass der Rechtsruck bei den kürzlich stattgefunden Wahlen ausgeblieben ist, lässt zwar hoffen, dass sich die Verhältnisse in Europa auch wieder bessern können, doch gedulden müssen wir uns noch. Die Idee sollte deshalb zwar vertagt, keinesfalls aber vergessen werden.

Die EU – eine Lobbykratie?

Lobbyismus wird großgeschrieben in Brüssel. Dennoch sind die Transparenzregeln der EU besser, als viele glauben – auch besser als auf Bundesebene.

von Insa Holste



Autorin Insa Holste

25.000 Lobbyistinnen und Lobbyisten arbeiten nach Informationen des Vereins LobbyControl derzeit in Brüssel. Damit ist Brüssel die europäische Hauptstadt des Lobbyismus und auch im interkontinentalen Vergleich ist die Stadt ganz vorne mit dabei. Na und? könnte man fragen, in einer Demokratie ist es doch wichtig und richtig, dass verschiedene Interessengruppen ihre Anliegen einbringen und sich dafür einsetzen, Gehör zu finden. Zudem ist die EU mit ihrem vergleichsweise kleinen Beamtenapparat doch auf externe Expertise angewiesen. Das ist selbstverständlich richtig, problematisch wird es aber dann, wenn die verschiedenen Interessen nicht gleichwertig gehört werden. So vertreten in Brüssel zwei Drittel der Lobbyisten und Lobbyistinnen Unternehmen und auch bei der Auswertung von Lobbytreffen hochrangiger Kommissionsmitglieder zeigt sich, dass meist Treffen mit Unternehmenslobbyisten, aber nur selten mit der Zivilgesellschaft auf der Tagesordnung standen. Der noch-EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker versprach zu Beginn seiner Amtszeit, sich für mehr Transparenz im Umgang mit Lobbyistinnen einsetzen zu wollen. Was ist aus diesem Versprechen geworden und welche Baustellen hinterlässt Juncker für seinen Nachfolger oder seine Nachfolgerin?

Transparenz mit Einschränkungen

Die nun gerade vergangene Wahlpe-

riode begann mit dem Versprechen Junckers, sich für ein verbindliches Transparenzregister einsetzen zu wollen – jedoch dauerte es nicht lange, bis der neue Kommissionspräsident zurückruderte und klarstellte, er strebe ein „de facto verpflichtendes“ Transparenzregister für Parlament, Kommission und Rat an. De facto verpflichtend sollte das Register dadurch werden, dass es Abgeordneten, Kommissions- und Ratsmitgliedern nur noch erlaubt sein sollte, sich mit registrierten Lobbyisten zu treffen. Dieser Plan scheiterte, insbesondere aufgrund des Widerstands aus Rat und Parlament. Dennoch blieben die einzelnen Institutionen während der letzten fünf Jahre nicht untätig.



Foto: Trending Topics 2019, www.flickr.com

So müssen Kommissionsmitglieder und hochrangige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Lobbytreffen veröffentlichen, gleiches wird ab der kommenden Sitzungsperiode auch für Parlamentsabgeordnete gelten, die besondere Funktionen wie den Vorsitz eines Ausschusses innehaben.

Wichtig für die Weiterentwicklung der Transparenzregeln in der EU war ironischerweise der Wechsel des ehemaligen Kommissionspräsidenten Barroso zu Goldman Sachs. Barroso erntete scharfe Kritik für diesen Schritt, aber etwas positives lässt sich aus diesem Seitenwechsel ziehen: in der Folge verschärfte die EU-Kommission den Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder, um weitere Barroso-Fälle in Zukunft zu vermeiden. Die nun geltenden Regelungen bezüglich Karenzzeiten und

Interessenskonflikten sind denen in vielen Mitgliedstaaten, so auch Deutschland, weit voraus. Im Rat jedoch hat sich in den vergangenen Jahren nichts verändert – trotz expliziter Kritik durch die europäische Ombudsfrau.

To-Dos für die nächsten Jahre

Die neugewählten Abgeordneten sowie die zukünftige Kommission haben also noch viel Arbeit vor sich. Im Bereich des Transparenzregisters wird es endlich Zeit, dass auch der Rat Teil des Registers wird und sein Hinterzimmer-Verhalten aufgibt. Ein weiterer wichtiger Aspekt wäre, Lobbytreffen auf Treffen mit registrierten Lobbyistinnen zu beschränken. Zentral wird vor allem die Verbesserung der Ausgewogenheit sein. Der EU sollte es zu denken geben, dass nur knapp die Hälfte der europäischen Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, ihre Stimme hätte Gewicht in der EU. Dieser Eindruck wird sich nur verbessern, wenn die EU aktiv gegensteuert – beispielsweise durch eine ausgewogene Besetzung der für die Gesetzgebung wichtigen Expertengruppen oder durch Konsultationen mit der Zivilgesellschaft.

Und wird das umgesetzt?

Ob diese und weitere Handlungsbedarfe in den nächsten Jahren angegangen und die Transparenzregeln verbessert werden, ist derzeit noch unklar. Viel hängt davon ab, wer der nächste Kommissionspräsident oder die nächste -präsidentin wird – und welche Forderungen die Fraktionen des Parlaments daran knüpfen, den jeweiligen Kandidaten zu unterstützen. Übrigens ein spannender Prozess unter dem Gesichtspunkt der Transparenz.

L'Europe aux Bruxelles:

Brüssel, im Jahr der Europawahl

von Lilian Sekkai



Autorin Lilian Sekkai

Die europaweit gestiegene Wahlbeteiligung und der ganze Trubel rund um das Thema, haben die gesamte Europäische Union (EU) für die letzten Monate aufgemischt. Wie aber war die Atmosphäre in Brüssel, der Heimat von EU-Parlament und weiteren wichtigen Institutionen? Wie haben die Menschen dort den EU-Wahlkampf und alle weiteren Geschehnisse wahrgenommen?

Mit circa 180.000 Einwohnern, Studierenden und Berufstätigen aus der ganzen Welt, hat die belgische Stadt Brüssel einiges zu aufzuweisen. Die Haupt- und Residenzstadt des Königreichs Belgien bietet Pflaster für internationalen Austausch und grenzenlose Vielfalt vereint in einer Stadt.

Buntes Brüssel

Besonders der kulinarische Reichtum ist weltweit bekannt. Die berühmten Belgischen Waffeln, die vielen Chocolaterien und das belgische Starkbier werden auch von den Brüssellern hoch geschätzt. Das Essen und vor allem die vielen unterschiedlichen Küchen seien das Beste an Brüssel, so Samuel Jackisch, Radiokorrespondent des ARD Studio Brüssel. Aber auch die scheinbar unendliche Vielfalt, die man in Brüssel jeden Tag erleben kann, fasziniert den Journalisten.

Altstadt und Rue Antoine sind vor allem bei Touristen aus aller Welt sehr beliebt. Die zahlreichen Läden, Pubs, Bars und Tavernen, die Brüssel bei Tag und Nacht beleben, sind Merkmale der belgischen Hauptstadt. Der berühmte Marktplatz „Grande Place“ mit dem nahe gelegenen Manneken Pis, der häufig in zur Saison

passenden Uniformen gekleidet ist, sind zwei weitere der vielen Wahrzeichen Brüssels und verkörpern den historischen Hintergrund der Stadt.

Nicht zu vergessen sind aber vor allem die vielen politisch geprägten Institutionen, die in Brüssel aufzufinden sind. Die NATO, wie auch die Europäische Union (EU) haben ihren Hauptsitz in Brüssel. Das Europaviertel Leopold beheimatet die wichtigsten Institutionen der Europäischen Union. Entscheidungen, die für 500 Millionen EU-Bürger gelten, werden hier getroffen.



Foto: Daniel Ringwald, www.flickr.com

Brüssel ist vielfältig und lebendig, aber ist die Stadt zur Europawahl 2019 besonders belebt? Was denken die Menschen in Brüssel über die Stadt und über Europa?

Vielfältig und lehrreich

Die Atmosphäre in Brüssel sei umtriebig, so Samuel Jackisch. So viele Menschen mit so vielen unterschiedlichen Ideen in Brüssel vereint zu haben, sei besonders in diesem Jahr bei den Europawahlen zu spüren. Die Institution EU ist in den vergangenen Jahren mehrfach angegriffen und in Frage gestellt worden. Die Stimmung sei spürbar aufgeregter gewesen, da die EU-Wahlen für viele eine Art Selbstvergewisserung gewesen sei. Europa und die Europäische Union wurden in der Zeit vor den Wahlen besonders heftig diskutiert und beworben, meint Jackisch. Europa sei „bei weitem nicht perfekt, aber eine der besten Ideen, die wir je hatten“, so der ARD Korrespondent.

Friendly Clean Fresh

Die 25-jährige Studentin Louise Pincles aus Paris konnte von einer veränderten Stimmung bei den Europawahlen nicht

allzu viel spüren. In ihrer Nachbarschaft habe man „nicht wirklich etwas mitbekommen von den Europawahlen“. Ihr fiel nur die gestiegene Anzahl an Demonstrationen der Fridays for Future Bewegung gegen den Klimawandel in den Wochen vor den Europawahlen auf. Wenn sie an Brüssel denkt, kommt ihr als erstes das schöne Wetter im Sommer in den Sinn. Von Europa und den Institutionen merke sie in ihrem Alltag in Brüssel aber nicht mehr, als in Paris.

Cool and Quiet

Der 34-jährige Kellner Olivier hat von den Europawahlen nichts mitbekommen. Die Atmosphäre in Brüssel wird von ihm als „very nice“ beschrieben, wobei er vor allem die Ruhe in der Stadt liebt. Er lebt in seinem Viertel Molenbeek-Saint-Jean, nahe der Altstadt, wo man vom Trubel des Europaviertels nichts mitbekomme.

La vie aux Bruxelles

Wer sich nicht mit Politik beschäftigt, erfährt auch als Brüsseler, selbst im Jahr der Europawahlen, nicht mehr von dem dortigen Geschehen als Bürger anderer Städte der EU. Wenn man nicht gerade im Europaviertel arbeitet oder sich aktiv mit dem Verlauf der Europawahlen auseinandergesetzt hat, so hat man auch im Jahr der EU-Wahlen keinen spürbaren Unterschied in der Atmosphäre Brüssels wahrnehmen können.

Die Stadt ist unglaublich vielfältig und international geprägt, was für eine einzigartige Stimmung sorgt. Die Vielfalt und die daraus entstandene Einzigartigkeit, so viele unterschiedliche Kulturen an einem Ort versammelt zu haben, ist wohl auf die Brüsseler EU-Institutionen zurückzuführen. Auch wenn alle Bewohner der Stadt diese Diversität wahrnehmen und schätzen, sind viele Brüsseler nicht mit der EU vertraut und bekommen auch trotz ihrer Heimat Brüssel vom Treiben im Europaviertel nichts mit.

"Wie geil Paris damals war..."

Sang schon C. Heiland in seinem gleichnamigen Lied, und auch da schwang eine melancholische Stimmung mit.

von Nils Geuenich



Keines davon: Deutschland.

Dabei war man ja eigentlich nach dem Unglück von Fukushima dazu übergegangen, die Energieversorgung umzustrukturieren, grüner sollte sie werden. Die kurz vorher beschlossene Verlängerung der Atomkraft wurde zügig wieder überdacht. Das einzige Problem daran waren bereits unterschriebene Verträge mit den Betreibern der Atomkraftwerke. Und wer in letzter Zeit in eine Zeitung geschaut oder anderweitig Nachrichten auch nur konsumiert haben sollte, dem dürfte dies bekannt vorkommen. Denn auch jetzt wieder gibt es Probleme mit bereits unterschriebenen Verträgen und dem, wenn auch ungewollten, Umschwenken von Seiten der Politik. Gestartet von seinem Vorgänger Alexander Dobrindt, wollte auch Andreas Scheuer das Projekt der PKW-Maut vorantreiben. In der geplanten Art und Weise wurde diese jedoch juristisch vom Europäischen Gerichtshof gestoppt. Vielleicht war dies Bundeskanzlerin Merkel ja auch schon klar, als sie im Wahlkampf 2013 verkündete, mit ihr werde es diese Maut nicht geben, ehe ihr damaliger Verkehrsminister dieses Vorhaben dennoch anging. Doch warum thematisch von der Energiewende zum Verkehrsministerium schwenken? Vielleicht ja, weil der CO₂-Ausstoß des Verkehrssektors zwischen den Jahren 2010 bis 2017 um 6,4% gestiegen ist. Und weil Deutschland wohl über alle Grenzen hinaus als Land der Automobile bekannt ist. BMW, Mercedes, der VW-Konzern - trotz des Dieselskandals immer noch eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft deren Produkte im In- und Ausland als Statussymbole gelten. Einer Statistik zufolge waren zum 01. Januar 2019 47,1 Millionen PKW in Deutschland zugelassen. Nur rund 83.200 davon sind elektrisch betrieben und somit theoretisch in der Lage, aus grünem Strom heraus klimaneutral "betankt" zu werden. All diese Zahlen zeigen: Deutschlands Infrastruktur auf die Herausforderungen

der Klimaziele hin auszurichten und ein umfassendes Konzept für Verkehr zu erstellen, bedürfte eines wirklich klugen Kopfes. Doch welches Bild zeichnet die Nachrichtenlage der letzten Jahre von dem Mann, der Stand jetzt der Verantwortliche dafür wäre?

Dass, wie die F.A.Z. titelte, "fachliche Ignoranz" und der Beruf des Politikers sich nicht zwangsläufig ausschließen, dafür gibt es in der Geschichte wohl genug Beispiele. Doch wenn ein Minister die Einschätzung seiner eigenen Gutachter in einer Form kritisiert, dass er ihnen den "gesunden Menschenverstand" abspricht, weil diese Tempolimits vorschlagen oder wenn sie argumentativ zu dem Schluss kommen, dass das Projekt der Maut wohl gekippt wird, der Minister hingegen der Meinung ist, wer das schreibe habe etwas produziert, das grundfehlerhaft sei und ins Altpapier gehöre, dann muss man wohl eine entsprechende Gegenfrage einbringen. Wie geeignet ist Herr Scheuer für diese Aufgabe? Natürlich könnte man dabei einen Kommentar von Thomas Gutschker aufgreifen, welcher in der Frankfurter Allgemeinen süffisant schrieb, dass eine der gehaltvolleren Passagen der Dissertation von Herrn Scheuer die sei, welche er bei der Bundeszentrale für politische Bildung abgeschrieben habe. Oder man unterzieht Aussagen von Herrn Scheuer einem Realitätscheck. Wie viel "Altpapier" steckte denn nun in dem Gutachten über die Maut vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags? Schaut man sich nun die Urteilsbegründung des EuGH an, muss man zu dem Schluss kommen: genauso viel oder wenig, wie auch dort. Die Argumente, welche die Gutachter auch schon vorgebracht haben, finden sich dort nämlich wieder. Soweit nicht problematisch. Dass Politik nicht Wissenschaft ist, sollte sich von selbst verstehen. Und Politiker müssen nicht nach wissenschaftlichen Erkenntnissen handeln. Parteiprogramme, der Wählerwille, Kompromisse zwischen unterschied-

Japanische Touristen, die nach Paris kommen, leiden mitunter am sogenannten "Pari shôkôgun", dem Paris-Syndrom. Im Kern geht es dabei darum, dass Paris ein sehr romantisches und traumhaftes Image anhaftet. Dieses verleitet Japaner dazu, mit einer überhöhten Erwartungshaltung nach Paris zu fliegen und dort von der Realität eingeholt zu werden, dass auch Paris im Großen und Ganzen eine eher geschäftige, europäische Großstadt und kein Traumschloss ist. Dies geht beizeiten so weit, dass pro Jahr bis zu 100 Japaner mit schweren Depressionen aus Paris nach Hause fliegen. Im Zuge dessen sind Broschüren ebenso wie Medien in Japan dazu übergegangen, ein anderes Bild von Paris zu zeichnen, um Touristen davor zu schützen.

Desillusioniert von Paris dürften jedoch nicht nur Japaner sein. Auch Menschen, welche vom 30. November bis 12. Dezember 2015 die Geschehnisse in der Stadt genau beobachtet haben, könnten inzwischen ähnliche Krankheitsbilder aufweisen. 195 Mitgliedstaaten der UN-Klimarahmenkonvention einigten sich in einem Nachfolgevertrag zum sogenannten Kyoto-Protokoll darauf, verbindlich darauf hin zu arbeiten, die Erwärmung des Erdballs auf unter 2 Grad Celsius im Vergleich zu den Temperaturen des vorindustriellen Zeitalters zu begrenzen. Am 29. Oktober 2018 jedoch wurde eine Studie veröffentlicht, laut der lediglich 16 Staaten einen Aktionsplan definiert hatten, um diese Ziele auch einzuhalten.

lichen Interessensvertretungen - all dies spielt natürlich eine Rolle, wenn es in einer Demokratie darum geht, wie vorgegangen werden soll. Doch eigens angeforderte Gutachten derart zu diskreditieren und in Folge dessen zu ignorieren, hat in diesem Fall dazu geführt, dass Regressforderungen der Firmen, welche bereits Verträge zur Durchführung der Maut abgeschlossen haben, auf bis zu 700 Millionen Euro geschätzt werden. Eine ganz schön hohe Summe für etwas, das laut Wahlkampfaussagen ja so nie hätte kommen sollen und bei dem etwas gesunder Menschenverstand oder auch nur Vertrauen in die eigenen Wissenschaftler geholfen hätte, die aktuelle Situation zu verhindern. Vielleicht aber hätte man dieses Geld ja auch für das Flugtaxi nutzen können, vor dem sich Andreas Scheuer gemeinsam mit Dorothee Bär, der Staatsministerin für Digitalisierung, hat ablichten lassen. Mit etwas Glück hätte es ja dann zumindest für ein paar Türen gereicht, welche sich tatsächlich öffnen lassen. Aktuell hingegen sind Flugtaxis wohl eher ein Synonym für Luftschlösser. Beides findet am Himmel statt, jedoch eher in der Vorstellung.



Somit muss man sich weiterhin mit dem begnügen, was am Boden stattfindet. Und abgesehen von Laufen bleiben da Taxen, der öffentliche Nahverkehr, private PKW, Fahrräder und seit neustem: E-Scooter. Netter Nebeneffekt dieses Themas ist, dass wir auch an dieser Stelle wieder nach Paris schauen können. Dort nämlich gelten ab dem 1. Juli neue Gesetze, welche die Nutzung der Roller betreffen. Neu bedeutet in diesem Fall strengere Gesetze, höhere Bußgelder für Nutzer und Vermieter und eine stärkere Restriktion der Bereiche, in denen gefahren werden darf. Parks sind so beispielsweise ausgeschlossen. Und wer sich die deutsche Gesetzgebung ansieht, dem

sollte bange werden. Ja, es gibt eine Altersgrenze. Nutzer müssen mindestens 14 Jahre alt sein. Auch die Geschwindigkeit ist begrenzt. 20 km/h schnell dürfen die Geräte fahren. Gut also, dass bestimmt noch niemand davon gehört hat, dass an Gefährten, nennen wie sie exemplarisch Mofas, geschraubt wurde, um die eingestellte Höchstgeschwindigkeit zu umgehen. Ein Glück also, dass es zwar keine Helmpflicht gibt, aber GNTM-Kandidatinnen in einer Plakatkampagne des Verkehrsministeriums darauf hinwiesen, dass Helme Leben retten. Nannte sich dann, um auf Social-Media-Plattformen entsprechend zu funktionieren, #helmerettenleben. Da es immer eine gewisse Zeit bedarf, um sich ein Bild machen zu können, welche Auswirkungen eine Neuerung hat, sei hier eine Statistik aus der Texanischen Hauptstadt Austin zu Rate gezogen. Auch dort gibt es keine Helmpflicht für E-Scooter. Das Ergebnis: Vom 05. September bis zum 30. November 2018 konnten 192 Verletzte einem Unfall zugeordnet werden, an dem besagte Roller beteiligt waren. 190 davon waren die Fahrer der Roller. Jedes zweite Unfallopfer zog sich eine Kopfverletzung zu. Personen in dieser Statistik, die einen Helm trugen: Eine. Und ein Blick nach Berlin reicht, um auch hier diese Entwicklung zu bestätigen. Am Donnerstag, den 27. Juni prallte die Fahrerin eines Rollers gegen ein geparktes Auto. Am Mittag desselben Tages erst ereignete sich ebenfalls ein Unfall, bei dem ein Roller in den Sattelaufleger eines LKWs fuhr. Vielleicht liegt Heinz Strunk ja doch nicht so ganz daneben, wenn er im Rahmen eines Monologes bei Extra3 sagt: "Erwachsene, die noch alle Tassen im Schrank haben, fahren keine Roller. Ausnahmen? Keine!" Natürlich hat niemand vor, in Betracht der bisherigen Gegenüberstellungen der Aussagen gewisser Politiker und der Realität schelmisch auf Twitter zu gucken, wie der dort aktive Pressesprecher des Verkehrsministers ein Bild seines Chefs teilt, das ihn auf einem Roller auf dem Weg zur Arbeit zeigen soll. Nur so zynisch, dass diese Roller deshalb hofiert werden, weil beispielsweise Experten von McKinsey davon ausgehen, dass sich mit Mobilitätsangeboten bis 2030 in Europa bis zu 150 Milliarden

Dollar verdienen lassen könnten und auch die deutsche Automobilindustrie in diesem Sektor aktiv ist, will man dann ja doch nicht sein.

Bleibt also das Fahrrad. Hat sich ja bereits seit Ewigkeiten bewährt. Außerdem sind neue Vorschriften für den Straßenverkehr erlassen worden, welche das Fahrradfahren sicherer machen sollen. Zum Beispiel mit Hilfe von klar bezifferten Mindestabständen, welche Autos beim Überholen einzuhalten haben. Diese Abstände wurden in der Praxis der Rechtsprechung jedoch auch jetzt schon so ausgelegt. Auch die Höchstgeschwindigkeit, mit der LKW abbiegen dürfen, wurde auf maximal 11 km/h festgelegt. Der Nutzen dieser Maßnahme ist deshalb zweifelhaft, weil der Unfallforscher und Leiter der "Unfallforschung der Versicherer" Siegfried Brockmann bei einer Einschätzung zu dem Maßnahmenpaket im „Spiegel“ sagte, dass die meisten Unfälle zwischen LKWs und Fahrradfahrern schon jetzt stattfänden, während diese Geschwindigkeit gegeben sei. Ein weiterer Punkt, welcher umgesetzt werden soll, ist ein grüner Pfeil für rechts abbiegende Radfahrer. Nach der Einschätzung von Herr Brockmann gefährde man damit allerdings eine weitere Gruppe, welche sich im öffentlichen Raum bewegt. Der grüne Pfeil wirke sich nämlich negativ auf die Sicherheit der Fußgänger aus. Und auch weitere Punkte versprechen keine Besserung. Teils schon dadurch, dass die dort festgehaltenen Maßnahmen von staatlicher Seite auch vorher schon hätten durchgesetzt werden können oder Dinge beinhalten, die so schon erlaubt beziehungsweise verboten waren. Dass die Fortbewegung auf einem Fahrrad also weiterhin eine gewisse Gefahr beinhaltet, sieht der Unfallforscher auch darin begründet, dass Städte ihre Bürger dazu aufrufen, Fahrrad zu fahren, ohne eine entsprechend sichere Infrastruktur zu bieten. Linien auf Straßen zu malen und sich mit der Anzahl an Fahrradwegen zu brüsten, ohne dass diese entsprechende Sicherheit böten, stelle in seinen Augen ein Inkaufnehmen von Verkehrstoten dar. Ebenso bringt er ein, dass der Teil der Straße mit dem höchsten Unfallrisiko Kreuzungen seien, für die es kein klares Konzept geben könne, um Unfälle entsprechend zu vermeiden.

Dazu kommt dann noch, dass, wie bereits angesprochen, auch von Radfahrern Gefahren ausgehen. Dabei nicht nur für Andere, sondern auch für sich selbst. Eine Unfallstatistik aus dem Jahr 2018 hat gezeigt, dass 99 tödlich verlaufene Unfälle sogenannter Pedelec-Räder ohne Einwirken anderer stattfanden. Pedelec-Räder sind Fahrräder, welche mit einem elektrischen Motor unterstützt werden. Doch auch sonst stieg die Unfallstatistik in diesem Punkt. In einem Statement der Tagesschau gegenüber wies Herr Brockmann darauf hin, dass dies weniger daran liege, wie viele Menschen damit unterwegs seien, sondern dass vielmehr darauf geachtet werden müsse, wer damit führe. So nutzen Senioren besagte Räder, um wieder mobiler zu werden. Dies allerdings mit Geschwindigkeiten, die sie so nicht mehr erreichen würden.



Foto: John Brighten, www.flickr.com

Natürlich offenbart diese Statistik auch, dass Autos an Unfällen beteiligt sind, welche für Radfahrer entsprechend dramatisch ausgehen. Soweit nicht überraschend. Bis zu über zweieinhalb Tonnen schwere Gefährte haben bei Unfällen von Natur aus eine gewisse Garantie, dass sich der Personenschaden im Vergleich zu Fahrrädern in Grenzen hält. Umso wichtiger eigentlich, die Infrastruktur der Städte so zu konzipieren, dass zwischen Autos und Fahrrädern genug Platz ist, damit alle sicher an ihr Ziel kommen. Da die eingangs angesprochenen knapp 47 Millionen Privatfahrzeuge nicht kurzfristig verschwinden werden, müsste die Infrastruktur entsprechend angepasst werden. Gestützt wird dies durch Aussagen des aktuellen BMW-Entwicklungschefs Klaus Fröhlich. Dieser geht davon aus, dass es in den nächsten 20 Jahren weiterhin Dieselfahrzeuge und in den nächsten 30 Jahren Benzinern geben werde. Zwar werden diese Antriebe durch die Hybridtechnologie ge-

stützt, verschwinden würden sie jedoch nicht. Das Magazin Forbes erklärte, er habe in einer Gesprächsrunde recht offen darüber gesprochen, dass die Hersteller Elektroautos primär auf Drängen der Regierungen vorantrieben. Von Verbraucherseite hingegen gebe es diese Nachfrage in der Form gar nicht. Und auch der Mazda-Chef verkündete, dass sein Unternehmen primär deshalb 2020 ein Elektroauto herausbringe, um eventuellen Geldstrafen der EU zu entgehen. Die immer wieder ins Spiel gebrachte Technologie der Brennstoffzellen hingegen hat aktuell kaum eine Chance. Zwar würden diese CO₂-neutral betrieben, Preise um die 60.000€ und eine unzureichende Infrastruktur zur Betankung können jedoch kaum jemanden überzeugen, darauf umzusteigen.

Man sieht also, dass das Verkehrswesen ein unglaublich komplexer Sektor ist, welcher sich mit Hinblick auf die Fragen der Umweltbilanz enorm bewegen müsste. Und nicht alleine Maßnahmen des Bundes werden dafür vonnöten sein. Für die Planung der Infrastruktur sind die Städte selbst verantwortlich. Es bedürfte also einer Person auf dem Posten des Verkehrsministeriums, welche ein ernstzunehmendes Gesamtkonzept verfolgen würde. Nur ob die fachliche Kompetenz von jemandem verkörpert wird, der Großprojekte entgegen der Empfehlungen von Opposition, Koalitionspartnern und sogar seines Vorgängers so handhabt, wie die Maut, bei der Herr Dobrindt trotz seines Umsetzungswillens immer darauf verwiesen hat, das Urteil des EuGH abwarten zu wollen, sei dahingestellt. Zumal Herr Scheuer erst einmal mit sich selbst beschäftigt zu sein scheint. Im Bezug darauf, dass er den Sinn der Messungen von Feinstaub an Straßen anzweifelte und auch die festgelegten Werte an sich kritisierte, sagte Ingrid Remmers, Verkehrspolitiklerin der Linken, nicht die Grenzwerte, sondern die Besetzung des Postens sei anzuzweifeln. Zumal besagter EuGH auch hier wieder zum Missfallen der Ministers die strenge Auslegung der Messwerte in der "Rechtssache C-723/17" bestätigte. Auch die Grünen und die FDP werden ihm wohl zusetzen, wenn sie im Fall der Maut einen Untersuchungsausschuss

installieren wollen. Und dass ein Rechtsstreit mit Österreich wegen der Schließung des Brenners als Umgehungsstraße von Mautrouten für Urlauber droht, wird den Blick auf die oben angesprochenen Probleme nicht unbedingt schärfen. Zu diesem Schluss kommt auch Markus Balser in der Süddeutschen Zeitung, in der er auf das drohende "Klein-Klein" hinweist, in dem sich Herr Scheuer zu verlieren droht. Dies würde dann tatsächlich dazu führen, dass er zu dem würde, was die Überschrift des Kommentars besagt: Scheuer als "Minister des Stillstands". Und das in einem Sektor und einer Zeit, in der zukunftstaugliche Konzepte drängen wie selten zuvor.

Wissenschaftlerin mit Leib und Seele

Marianne Weber, Marthe Gautier und Mathilde Vaerting haben eines auf jeden Fall gemeinsam: Ihre wissenschaftlichen Leistungen werden oft vergessen, sie sind nicht nur unter Laien weitestgehend unbekannt. Anders ist es mit Frau Prof. Dr. Doris Mathilde Lucke. Als erste Soziologieprofessorin der Universität Bonn ist sie ein bekanntes Gesicht der Hochschule, und sie hat einen Namen. Nach über 30 Jahren Forschungs- und Lehrtätigkeit verlässt sie mit dem Sommersemester die Alma Mater. Wir haben das zum Anlass genommen, mit ihr über ihre Karriere zu sprechen.

von Laura Meyer



Autoren Laura Meyer

Frauen als Professorinnen sind auch heute noch eine Seltenheit in einigen Fachbereichen, so auch in unserem, während sie beispielsweise in der Anglistik sehr stark vertreten sind. Frau Prof. Dr. Lucke vertritt dazu die These, je renommierter ein Fach sei, desto weniger Frauen gehören dem Lehrkörper an. Dies zeige sich an den klassischen Professionen, Jurisprudenz, Medizin und Theologie. Als sie 1998 die erste Soziologieprofessorin an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität wurde, war das eine Besonderheit. Dies ist es leider auch heute noch im Fach Soziologie. Mit ihrem Weggang hat das Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie mit Frau Prof. Strassenberger nun nur noch eine einzige Professorin. Auch fällt eine Genderforscherin weg, die nicht nur am Institut, sondern auch in der ganzen Universität fehlt. Mittlerweile gibt

es in Bonn keine einzige Professur mit Gender-Denomination mehr. Ihrer Meinung nach ist die Universität Bonn auch mit der Anzahl der Lehrstühle, die Frauen innehaben, deutschlandweit nicht an der Spitze, genauso sehe das mit der Frauen- und Geschlechterforschung aus. Auch für ihren derzeitigen Forschungsschwerpunkt, die Sozionik, welche die Beziehungen zwischen Menschen, Maschinen und Technik untersucht, sei die Expertise an unserer Universität derzeit durchaus noch ausbaufähig.

Sie selbst habe Stationen in ihrer Laufbahn gehabt, in denen es für sie schwerer war als für ihre männlichen Kollegen, etwa bei der Habilitation. Mit dieser erlangte sie als erste Person überhaupt, nicht nur als erste Frau, an der Philosophischen Fakultät die *venia*, also die Lehrbefugnis, in Soziologie. Unsere Generation habe bessere Voraussetzungen als die ihre, da Studentinnen heute bereits Professorinnen live am Rednerpult in Vorlesungen erleben – im Gegensatz zu Frau Prof. Dr. Lucke. Ihre Professoren in den 70er Jahren waren allesamt männlich. Trotzdem haben es Frauen ihrer Meinung auch heute noch schwer, Karriere in der Wissenschaft zu machen.

„Man hält das nur aus, wenn man mit Leib und Seele Wissenschaftlerin sein will“, sagt die Emerita. Die wichtigste Voraussetzung, um als Frau die Karriereleiter in der Wissenschaft zu erklimmen, sei ein starkes Selbstbewusstsein. Einmal, so erzählt sie, wurde sie in einer Ausgabe des *Politicum* als „Stilikone“ bezeichnet. Erst habe sie sich darüber gefreut, doch dann sei ihr klar geworden, dass man so etwas niemals über einen Mann sagen würde. Als Frau sei es ein Dauerzustand, an unterschiedlichen Fronten zu kämpfen – auch gegen solche vermeintliche Kleinigkeiten. Der „Köni-

ginnenpfad“ in der Wissenschaft sei es, eine Stelle als studentische Hilfskraft zu bekommen. Frau Prof. Dr. Lucke hat auch so angefangen.

An der derzeitigen akademischen Lehre übt die Professorin Kritik: Diese sei zu wenig interaktiv. Vorlesungen bezeichnet sie als „Frontalunterricht“. Wenn man nur aus einem Skript vorliest, könne man es den Studierenden auch zum Nachlesen mitgeben. Ihrer Meinung nach ist die Vorlesung ein Format für die bevorzugt männliche professorale Selbstdarstellung, weshalb sie persönlich Seminare und Übungen bevorzugt habe. In Seminaren kann man laut Frau Prof. Dr. Lucke mehr Inhalte rüberbringen, in Rede und Gegenrede Argumentations- und Präsentationskompetenzen einüben, die Studierenden prägen, zu



selbstständigem Denken anregen und mit ihnen auf Augenhöhe kommunizieren. Das war ihr immer wichtig, weshalb sie auch zwei Bücher gemeinsam mit ihren Studierenden veröffentlicht hat. Das eine enthält Beiträge aus der soziologischen Akzeptanzforschung, dem Thema ihrer 1995 als Buch erschienenen Habilitation über „Akzeptanz“, das andere handelt von Jugendszenen und ist – siehe oben – aus einer Seminarveranstaltung hervorgegangen. Neben ihren Lehrtätigkeiten ist sie regelmäßig auf Fachtagungen zu verschiedenen Themen zu Gast und hält Vorträge



zum Thema Geschlechtergerechtigkeit, Einkommensungleichheit oder Frauen in Spitzenpositionen – nicht nur in Wissenschaft und Forschung. Sie ist assoziierte Professorin im Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW, Vertrauensdozentin für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Mitherausgeberin einer Fachzeitschrift und noch vieles andere

mehr, was an dieser Stelle zu viel Platz einnehmen würde. Außerdem hat sie Bücher, Buchbeiträge und Artikel unter anderem in den Feldern Rechtssoziologie, Gender Studies, Menschenrechte und Reproduktionstechnologien geschrieben. Bei ihrer Abschiedsvorlesung im bis auf den letzten Platz gefüllten Hörsaal IX hat sie am Dies Academicus

des Sommersemesters 2019 nach ihrem Vortrag „MÄNNER. FRAUEN. FRANKENSTEIN“ minutenlange Standing Ovations erhalten. Wann gibt es das an der Universität?!



Du hast eine Frage, aber weißt nicht, an wen Du Dich wenden kannst? Du hast Startschwierigkeiten oder ein anderes Problem? Dann wende Dich an uns! Wir helfen Dir weiter oder wissen zumindest, von wem Du die nötigen Antworten bekommen kannst. Komm in unsere Sprechstunde, ruf an oder schreib eine E-Mail. Oder möchtest Du vielleicht selbst aktiv werden, mit interessanten Menschen etwas bewegen, anderen helfen oder Artikel verfassen? Du möchtest einen Vortrag organisieren, eine Podiumsdiskussion?

Oder eine Filmvorführung mit anschließender Diskussion? Einen Themenabend, eine Vortragsreihe? Du planst eine Exkursion? Du weißt, was Dich stört und Du willst Dinge verändern? Bring Dich ein und probiere Dich aus! Du wirst überrascht sein, was alles möglich ist! Komm in unsere Sitzung und bring Deine Ideen ein. Jeden **Mittwoch** im Semester um 20 Uhr c.t. im **großen Übungsraum** des Instituts oder schreib uns eine E-Mail:

sprechstunde@fs-sozpol.de



WE WANT YOU

Europäische Machtspiele und die Europawahl 2019

Ein Flickenteppich-Ergebnis mit besonderer Bedeutung

von Enrico Liedtke, M.A.

Europa hat gewählt und damit gleichzeitig die politische Landschaft der Europäischen Union wenn auch nicht durcheinandergewirbelt, so doch zumindest vor neue Herausforderungen gestellt. Bei dieser neunten Direktwahl des Europäischen Parlaments waren über 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus 28 Mitgliedstaaten aufgerufen, über die politische Zusammensetzung der einzig unmittelbar legitimierten Vertretungsinstanz auf europäischer Ebene zu entscheiden und indirekt mittels des informellen Spitzenkandidatenmodells auch über eine neue Spitze der Europäischen Kommission abzustimmen. Die Hälfte von ihnen ist dem gefolgt; der höchste Wert seit der Wahl von 1994. Doch gleichwohl sich die Konturen der neuen Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament bis auf wenige kleinere Ausnahmen deutlich abzeichnen, bleibt das Ergebnis der diesjährigen Europawahlen durchaus ambivalent. Aus der deutschen Perspektive fanden vor allem das herausragende Abschneiden der Grünen als auch der zum Teil dramatische Stimmenverlust von Union und SPD besondere Beachtung. Auf die gesamte EU übertragen sind dies aber Phänomene, die durchaus differenziert betrachtet werden müssen.

(1) Die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung und eine in Teilen erfolgreiche Europäisierung des Wahlkampfes täuschen darüber hinweg, dass nach wie vor wichtige Kriterien erfüllt werden, die den Europawahlen den Charakter einer Nebenwahl verleihen (u.a. Verluste regierender Parteien, stärkeres Abschneiden kleiner Parteien, Dominanz nationaler Themen).

(2) Erfolge und Misserfolge der europäischen Parteienfamilien sind regional und

teilweise sogar landesabhängig durchaus unterschiedlich. Dem europaweiten Stimmenverlust sozialdemokratischer Parteien stehen höchstsolide Ergebnisse in Spanien, Portugal oder Malta entgegen, der Hype um grüne Parteien blieb überwiegend ein Phänomen Nordwest-Europas und der befürchtete enorme Stimmenzuwachs rechtspopulistischer und EU-skeptischer Parteien beschränkte sich auf nur wenige Mitgliedstaaten.

(3) Dass die beiden größten Fraktionen (Christ- und Sozialdemokraten) zum ersten Mal weniger als die Hälfte der Sitze für sich verbuchen können, liegt vor allem an deren schlechtem Abschneiden in den großen Mitgliedstaaten (mit hohen Sitzkontingenten) und bringt gleichzeitig das institutionelle Gleichgewicht zwischen Parlament und Europäischem Rat bei der Frage nach dem nächsten Kommissionspräsidenten zum Kippen.

In der Summe bleibt fraglich, wer aus dieser Wahl als Gewinner hervorgeht – politisch wie auch institutionell. Glauten insbesondere die Liberalen, die sich in einer beträchtlich gestärkten und in „Renew Europe“ umbenannten Fraktion zusammengeschlossen haben, das Zünglein an der Waage um den Machtpoker zwischen Parlament und Europäischem Rat zu sein, sehen sie sich in letzterem nun einer Sperrminorität der Europäischen Volkspartei (EVP) gegenüber, die einen der ihren (am besten ihren Spitzenkandidaten Manfred Weber) an der Spitze der neuen Kommission sehen wollen. Politisch scheint das kaum vermittelbar zu sein, denn bereits im Wahlkampf wurde deutlich, dass eine Allianz aus Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen der Dominanz der EVP überdrüssig geworden ist und gerne eine Mehrheit jenseits dieser bil-

den würde. Nur sind sie bei dieser Wahl selbst ohne eigene Mehrheit geblieben. Dies schwächt am Ende nicht nur ihr eigenes Anliegen, sondern auch die Position des Parlaments gegenüber dem Europäischen Rat. Der sah sich bei der letzten Wahl einer breiten Parlamentsmehrheit gegenüber, die deutlich machte, wer allein als Kommissionspräsident in Frage komme. Angesichts der diffusen Mehrheitsverhältnisse sowohl im Parlament als auch im Europäischen Rat – gegen keine der drei größten Europäischen Parteien kann eine Mehrheit gebildet werden – gilt es dieses Jahr, nicht nur die Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien, sondern auch jene zwischen den Institutionen neu auszuloten. Da es am Ende je nach Zählweise um die Besetzung von vier oder fünf zentralen Ämtern in verschiedenen Institutionen gehen wird, ist die Wahrscheinlichkeit jedoch hoch, dass sich bei all den machtpolitischen Konfrontationen ein tragfähiger Kompromiss im Sinne einer gesichtswahrenden Paketlösung finden lassen wird.

Eine Schlussfolgerung, die sich schon jetzt ziehen lässt, ist die Tatsache, dass Parteipolitik eine immer wichtigere Rolle im politischen System der EU spielt und dies in Anbetracht eines politischer gewordenen Wahlkampfes auch die logische Konsequenz sein muss. Für die Wählerinnen und Wähler bedeutet dieses im Nachklang der Wahl stattfindende Ringen um die wichtigen europäischen Ämter, dass es schon einen Unterschied macht, welcher Partei man seine Stimme gibt.

Noch einmal gut gegangen? Mitnichten! Europa steht vor einer Zerreißprobe

von Marco Jelic, M.A.

Als Matteo Salvini, Italiens Vize-Premier und Chef der rechtspopulistischen, in Teilen rechtsextremen Lega, in der Wahlnacht vor die Presse trat, sah er erschöpft und dankbar aus. In der Hand hielt er sein Kruzifix, das er innig vor den Kameras küsste. Eine seiner populistisch-provokanten Gesten mit mehrdeutiger Symbolkraft: der Hilfe der „Madonna“ und der der aufrichtigen Italiener, die seine Partei gewählt haben, hätte er den Erfolg zu verdanken. Aber es ist auch eine Geste, die besagt: Dies ist ein Sieg des christlich-abendländischen Europas, ein Sieg gegen die „Euro-Bürokraten“, ein Sieg gegen Flüchtlinge und Migration. Mit 34 % bei der EU-Wahl hat Salvini innerhalb eines Jahres seit der italienischen Parlamentswahl im März 2018 die Zustimmungswerte der Lega verdoppelt und das Kräfteverhältnis in der Regierungskoalition mit der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung umgekehrt – vom parlamentarisch-exekutiven Juniorpartner zum elektoralen Seniorherrscher. Der starke Mann in Italien ist nun endgültig Salvini – aber ist er dies auch in Europa? Und sind es seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus dem rechtspopulistischen und rechtsextremen Lager – Le Pen, Meuthen oder die österreichischen Vertreter der FPÖ? Hier gilt es, differenziert sachlich auf die Ergebnisse zu schauen. Von 751 Abgeordneten gehen lediglich 73 Sitze an die neue Rechts-Außen-Fraktion „Identität und Demokratie“, ein neuer Zusammenschluss aus neun rechtspopulistischen europäischen Parteien, darunter der Rassemblement National aus Frankreich, die Lega, aber auch die Dänische Volkspartei und die AfD. Die frühere Fraktion „Europa der Nationen

und der Freiheit“ (ENF) zählte zwar nur 36 Vertreter. Der Zuwachs an Mandaten ergibt sich jedoch vor allem aus dem starken Abschneiden der Lega in Italien. Marine Le Pen wurde stärkste Kraft in Frankreich, vor der Sammelbewegung des Präsidenten Macrons, aber an Sitzen musste der ehemalige Front National Verluste hinnehmen. Die Zugewinne der AfD (+3,9%) im Vergleich zur Europawahl 2014 sind im Lichte der Entwicklung der Partei nicht einschlägig als Erfolg der Rechten zu bewerten. Blickt man demnach auf die Machtverhältnisse im Europäischen Parlament, muss man konstatieren, dass die pro-europäischen Kräfte (EVP, S&D, Liberale, Grüne) eine deutliche Mehrheit haben. Also alles gut? War alle Aufregung, ob der nationalistischen Welle die Europa zu überrollen drohte, umsonst? Mitnichten! Bei genauerer Betrachtung der Wahlergebnisse wird deutlich, dass EU-skeptische und europa-feindliche Parteien in verschiedenen Fraktionen beheimatet sind und dort auch über nicht unerheblichen Einfluss verfügen. Viktor Orbans Fidesz, noch in der EVP, und die polnische national-konservative PiS-Partei (EKR) haben die Wahl in ihren Ländern gewonnen. Bis auf Weiteres wird die britische Brexit-Partei im Europa-Parlament vertreten sein, in derselben Fraktion der „Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie“ sitzen sie neben den italienischen Populisten der Fünf-Sterne-Bewegung. Kurz um: Das EU-Parlament ist fragmentierter denn je, eine informelle Große Koalition gibt es nicht mehr, die Mehrheitsfindung, auch unter pro-europäischen Kräften, wird, wenn es um Sachthemen geht, schwieriger, langwieriger und zäher. Hinzu kommen

unterschiedliche Interessenlagen und Konfliktlinien auch innerhalb einzelner Fraktionen. Die Rechtspopulisten um Salvinis Lega, Le Pens Rassemblement und Meuthens AfD werden das tun, was sie auch zuvor gemacht haben: Das Europaparlament für die nationale Bühne missbrauchen, blockieren, stören – nur mit mehr Gewicht und mehr finanziellen Mitteln als zuvor. Will man aus einer normativ pro-europäischen Perspektive etwas Positives hervorheben, so könnte man die ironische Wendung betonen, dass eine trans-nationale Einigkeit von Nationalisten per se widersprüchlich ist. Bis auf den einen gemeinsamen Nenner – der Abwehr der Immigration – sind die Interessen und Programmatiken auf den einzelnen Policy-Feldern wie der Wirtschafts- und Sozialpolitik äußerst heterogen. Italien pocht beispielsweise auf Lockerungen in der Fiskalpolitik und das Recht auf neue Schulden, die AfD dürfte Probleme haben, dies ihren deutschen Wählern zu vermitteln. Wenn jedes Land sich das nächste ist, stoßen diese Parteien an die Grenzen europäischer Konsensfindung. Es wird sich zeigen, wie lange der Geist der Fundamentalopposition sie zusammenschweißt. Letztlich blieb also ein systemverändernder, disruptiver Wahlerfolg rechter, nationalistischer Kräfte zwar aus, dennoch blickt Europa nun einer komplizierten Phase der Stagnation und Blockade entgegen, die mehr denn je eine Zerreißprobe darstellt und deren Lähmung und Zank vor allem bei den europäischen Bürgerinnen und Bürger zu weiterer Entfremdung führen könnte.

Europa hautnah

Die Europawahlen sind vorbei und schon scheint die EU aus dem Alltag der meisten Bürgerinnen und Bürger verschwunden. Doch Europa ist näher, als man denkt! In Bonn selbst gibt es viele Berührungspunkte mit der Europäischen Union. Der Europapunkt am Bertha-von-Suttner Platz ist hierfür ein prominentes Beispiel, doch leider wird dieses Angebot häufig bei all der Lichtreklame am Platz übersehen.

Was ist der Europapunkt?

Der Europapunkt Bonn ist eine Regionalvertretung der Europäischen Kommission, welche zuständig ist für die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und das Saarland. Es handelt sich hierbei um ein Informations- und Beratungsangebot der Kommission. Der Europapunkt beantwortet Fragen zu allen EU-Themen, bietet Informationsmaterial an und empfängt Besuchergruppen. Studierende können sich mit Fragen jederzeit an diese Vertretung wenden – auch wenn es sich nicht um einen wissenschaftlichen Dienst handelt. Für den Einstieg in ein Thema ein guter Ansatzpunkt! Außerdem richtet der Europapunkt Vorträge, Diskussionen und Workshops aus, welche speziell auf die Besuchergruppen zugeschnitten werden. Wie Andreas Christ, Büroleiter des Bonner Europapunktes sagt: „Wir haben keine „Angebote von der Stange“. Vielleicht lässt sich ein Besuch ja in den einen oder anderen Seminarplan einbauen?

EU-Förderprogramme sind fast allgegenwärtig

Ob Erasmus oder universitäre Forschungsförderung, die EU bietet Fördermittel für eine Vielzahl an Vorhaben. Unter dem Horizon 2020-Rahmen werden alleine in Bonn 271 Projekte gefördert (CORDIS, Stand Juni 2019). Mit 60 Projekten, also umgerechnet mehr als 22 % der geförderten Bonner Programme, hat die Universität Bonn für den Förderzeitraum von 2014 bis 2020 fast 35 Mil-

lionen Euro eingeworben. Im Rahmen des Erasmus-Programmes wird zusätzlich die Mobilität von Studierenden und Dozierenden gefördert. Von den 323 Austauschhochschulen im Ausland lassen sich 282 in Europa selbst bereisen. Doch die EU bietet nicht nur Fördermittel für Hochschulen. Aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) stehen NRW für die Förderperiode 2014-2020 rund 1,21 Milliarden Euro zur Verfügung, die für den Rheinpark Duisburg, Jugendbegegnungsstätten, autonomes Fahren, Gründerinitiativen und viele weitere Vorhaben ausgeschüttet werden.

Zu kompliziert, zu viele Auflagen, zu versteckt?

Die EU spielt in vielen Bereichen unseres Lebens eine bedeutende Rolle, welche kritisiert und bisweilen sogar vollständig abgelehnt wird. So bleibt die Marginalisierung von Geistes- und Sozialwissenschaften im Rahmen von Horizon 2020 im Vergleich zu den MINT-Fächern ein häufig genannter Kritikpunkt, welcher in der allgemeinen Kritik an zu geringer Forschungsförderung in der EU aufgeht. Finanzierte Projekte werden zudem durch umfangreiche Antrags-, Fortschritts- und Evaluationsnotwendigkeiten zusätzlich verteuert und bürokratisiert. Dennoch bleiben diese Forschungsfonds begehrte und notwendige Mittel für eine Vielzahl an Forschungseinrichtungen.

Durch die Europawahl war die Europäische Union plötzlich allgegenwärtig, doch meist wirkt sie im Alltag schon regelrecht versteckt – zum Beispiel, wenn man einmal versucht den Zugang zum Europapunkt in Bonn auf Anhieb zu finden! Dabei lässt sich mit dem Europapunkt, Forschungsförderungen, Erasmus oder sogar europäische Studienfächer die EU in Bonn hautnah erleben. Nationalistische Kritik oder auch der Brüsseler Politpoker wie er jüngst von Martin Sonneborn in seinem Buch satirisch pointiert wurde, weist auf großen Reformbedarf für die Union hin. Die vie-

von **Christiane Heidbrink M.A.**

len Angebote vor Ort ermöglichen, dass viele Menschen mit ihren Erfahrungen hierzu beitragen könnten. In Zeiten des aufstrebenden Populismus, Brexits und grenzüberschreitender Krisen der Superlative wird es umso wichtiger, sich mit den Chancen, Grenzen und Möglichkeiten der EU allgemein und vor Ort auseinanderzusetzen, da sich viele Menschen nur noch im Stile Monty Pythons fragen: „Was hat die EU je für uns getan?“. Eine Antwort darauf gibt die EU online übrigens selbst unter what-europe-does-for-me.eu.

Infobox:

Wer den Europapunkt in Bonn sucht, wird hier fündig:

Europäische Kommission
Regionalvertretung in Bonn
Europa-Punkt
Bertha-von-Suttner-Platz 2-4
53111 Bonn

kontakt@europapunkt-bonn.de

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag
von 9:00 – 13:00 und von 13:30 – 18:00
Uhr

Die Mär von der „grünen Welle“

von **Daniele Saracino, M.A.**

Das Narrativ der „grünen Welle“ nach den Europawahlen offenbart eine der Schwachstellen europäischer Politik: Sie wird auf 28 verschiedene Weisen aus den Blickwinkeln der Mitgliedstaaten bewertet. Eine prominente europäische Perspektive, die EU-weit Bedeutung hätte, fehlt. So kommt es, dass in der öffentlichen Debatte in Deutschland nach der Europawahl eine „grüne Welle“ heraufbeschworen wird, die einer europäischen Betrachtungsweise nicht standhält. Die Zugewinne der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament bestehen zur Hälfte aus deutschen Abgeordneten. In Italien, Spanien und Polen beispielsweise spielten Grüne keine Rolle. Der Tatsache, dass die Liberalen europaweit viel größere Zugewinne als die Grünen zu verzeichnen haben, wird hierzulande kaum Beachtung geschenkt.

Analysiert man das Wahlergebnis hinsichtlich der drängendsten Probleme in der EU

– der Klimakrise und der zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit – fällt es schwer, eine „grüne Welle“ zu prognostizieren. Die vorherrschende neoliberale Ideologie mit ihrem marktradikalen Dogma sowie die fatalen Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion führen zur Desintegration der EU und stehen einer evidenzbasierten Klimapolitik entgegen. Die Verursacher dieser Probleme sind nicht nur die bei der Wahl abgestraften Sozialdemokraten und EVP, sondern ebenso die Liberalen und – das wird häufig vergessen – die (deutschen) Grünen. Auch sie haben sich dem Neoliberalismus verschrieben.

In Wahrheit fehlt in Europa eine ernstzunehmende Partei, die die von einem breiten wissenschaftlichen Konsens geforderten notwendigen klima- und wirtschaftspolitischen Reformen in ihrer gebotenen Radikalität in ihrem Programm hat.

Selbst wenn die Grünen den Aufbruch in einen echten Politikwechsel wagen würden, in dem die Klimakrise oberste Priorität hätte und durch den sie die wirtschaftspolitischen Leitlinien in der EU grundlegend verändern wollten, stünden sie mit ihrem Sitzanteil von knapp über 10% der Abgeordneten und der überwältigenden Mehrheit rechts von ihr ziemlich alleine da. Nur ein radikaler klima- und wirtschaftspolitischer Kurswechsel in allen bürgerlichen Parteien Europas – sowohl im EP als auch in den Mitgliedstaaten – kann den für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und des sozialen Friedens zwingend notwendigen Politikwechsel herbeiführen. Ob sich ein solcher Paradigmenwechsel so rasch vollziehen wird, wie es erforderlich wäre, ist aufgrund der systemischen Zwänge äußerst fraglich.

Jugend und Politik – Generationenkonflikt in unserer Demokratie?

von Anna-Lena Kramer

Bei „Fridays for Future“ streiken seit Monaten Schülerinnen und Schüler auch in Deutschland für eine bessere Klimapolitik und die Zukunft des Planeten. Im Rahmen Urheberrechtsreform der EU protestierten viele junge Menschen gegen „Artikel 13“ und für eine zukunftsorientierte Politik in der Digitalisierung. Auch in anderen Zukunftsthemen wie der Rentenpolitik verschafft sich die junge Generation Gehör und möchte ihre Interessen gegenüber dem Rest der Gesellschaft geltend machen.

Mit der ersten Podiumsdiskussion im Sommersemester 2019 griff die Fachschaft Politik und Soziologie diese Partizipation Jugendlicher in der Demokratie auf und diskutierte den Umgang mit dem intergenerativen Konflikt. Unter dem Titel: „Jugend und Politik – Generationenkonflikt in unserer Demokratie?“ diskutierten deshalb am 16. Mai Anna-Lena Wilde-Krell, Referentin der Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation“ im Landtag NRW, Ciwana Celebi, stellvertretende Sprecherin des Jugendrats

Düsseldorf und Jürgen Ertelt, Projektkoordinator von jugend.beteiligen.jetzt.

Das Podium war sich einig, dass das Engagement und der Einsatz von Kindern und Jugendlichen zu begrüßen ist, betonte aber auch, dass es sich dabei nicht immer um den Kampf gegen ältere Generationen handelt, sondern diese gegebenenfalls die selben Interessen verfolgen. Die aktuelle Politisierung der Jugend wurde besonders als kurzfristiges themenspezifisches Engagement bewertet, welches häufig nicht zu einem Übergang in die klassischen Institutionen politischer Partizipation, etwa der Organisation in Parteien, führe. Um diese Beteiligung an der parlamentarischen Demokratie zu erreichen, seien Maßnahmen der politischen Bildung schon vor der Schule notwendig, um Kindern Berührungspunkte mit der Politik zu nehmen und sie an demokratische Werte und lokale politische Themen heranzuführen. Die Erfahrungsberichte aus dem Düsseldorfer Jugendrat zeigten genau diese positiven Effekte. Die Anhörung durch

die tatsächlichen Entscheidungsorgane der Stadt sei sehr wertvoll für die Jugendlichen. Diskutiert wurde jedoch, inwieweit das Engagement in den Jugendorganisationen der Parteien eine Notwendigkeit für den Dialog zwischen den Generationen auf Ebene der Parlamente sei und welche Ungleichheit direkte Beteiligungsformen mit sich bringen. Die Beteiligung über Demonstrationen, soziale Netzwerke, Beteiligungsplattformen und Petitionen wurde hier teilweise als Erneuerung von Partizipation gesehen. Andere Zukunftsperspektiven seien die Absenkung des Wahlalters, Etablierung von Jugendquoten und deliberativer Elemente wie etwa Obmänner für zukünftige Generationen.

Die Diskussion konnte an vielen Stellen von den Fragen der Studierenden im Publikum profitieren und endete mit einem Plädoyer für jugendliche Partizipation, politische Bildung und den Mut, seine eigenen Interessen zu vertreten.



Europa hat gewählt – und jetzt?

von Niklas Almasi

Vom 23. bis 26. Mai 2019 wurde in den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein neues Parlament gewählt. Das Referat für Politische Bildung der Fachschaft nahm dieses Ereignis zum Anlass, um am 6. Juni 2019 im Rahmen einer Podiumsdiskussion über die Wahlergebnisse und deren mögliche Auswirkungen und Folgen zu debattieren. Unter dem Titel „Europa hat gewählt – und jetzt?“ diskutierten an diesem Abend im Großen Übungsraum des Instituts Stefani Weiss aus dem Projekt „Europe's Future“ der Bertelsmann Stiftung, Robert Stüwe vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn sowie Stefan Haußner vom Lehrstuhl für Europäische Integration und Europapolitik der Universität Duisburg/Essen.

Eingeleitet wurde der Abend von einem Impulsvortrag von Stefan Haußner, welcher zum einen das gesamteuropäische Ergebnis näher beleuchtete als auch die einzelnen nationalen Wahlergebnisse miteinander verglich und durch verschiedene interessante und erhellende Statistiken eine perfekte Dis-

kussionsgrundlage schaffte. Robert Stüwe wiederum blickte in seinem Eingangsstatement zunächst auf die Arbeit der derzeitigen Kommission unter Jean-Claude Juncker in den letzten Jahren zurück und erläuterte dann den derzeit stattfindenden institutionellen Machtkampf zwischen und innerhalb der einzelnen EU-Organe und das Ringen um den Posten des EU-Kommissionspräsidenten. Ergänzt wurden diese Ausführungen von Stefani Weiss, die einen Blick in die Zukunft wagte und kommende Herausforderungen für die EU sowie Schritte zu einer vertieften europäischen Integration formulierte. Dabei wies sie vor allem auf die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Bewegungen und deren Machtpotential auf EU-Ebene hin.

In der anschließenden Diskussion mit den Studierenden wurde deutlich, dass sich Prognosen über den kommenden Präsidenten beziehungsweise die kommende Präsidentin der Europäischen Kommission und die zukünftige Politik auf EU-Ebene durch die veränderten Machtverhältnisse als schwie-

rig erweisen. Unklare Mehrheitsverhältnisse sowie eine vereinte rechtspopulistische Fraktion würden das Parlament vor bisher nicht dagewesene Herausforderungen stellen. Positiv wurden jedoch die gestiegene Wahlbeteiligung und die zunehmende Bedeutung europäischer Themen im Wahlkampf wahrgenommen. Dies sei möglicherweise Ausdruck als auch Chance für ein wachsendes Interesse an der Europäischen Union.



Ohne Worte

mit Dr. Andrej Pustovitovskij

von Lilian Sekkai und Philip Hülsmann



Ihr Gesichtsausdruck, wenn Sie an Ihre Schulzeit in Dortmund zurückblicken?



Was bereitet Ihnen die meiste Freude an ihrer Arbeit?



Was vermissen Sie an Ihrer Studienzeit in Bochum?



Was war das beste Erlebnis, was Sie während Ihres Auslandsaufenthaltes in Tokyo erleben durften?



Was machen Sie am liebsten in Ihrer Freizeit?



Welches Buch hat Sie in Ihrem Leben besonders beeinflusst?



Einer Ihrer Forschungsschwerpunkte ist die Machtforschung. Wie ist Ihre Reaktion, wenn Sie die aktuellen Entwicklungen der Machtverhältnisse zwischen den USA und China denken?



Ihre Reaktion auf die Frage: "Kann ich meine Hausarbeit auch erst im nächsten Semester schreiben?"



Politicum • Impressum

Das **Politicum** ist die Zeitschrift der Fachschaftsvertretung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es erscheint seit 30 Jahren unregelmäßig, aber immer mal wieder.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansicht der Redaktion oder der Fachschaft Politik und Soziologie wider. Die Autorinnen und Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge ausschließlich selbst verantwortlich.

REDAKTIONSANSCHRIFT
Fachschaft Politik und Soziologie
Redaktion Politicum
Am Hofgarten 15
D-53113 Bonn
politicum@fs-sozpol.de
www.fs-sozpol.de

ERSCHIENEN
Juli 2019

HERAUSGEGEBEN VON
Fachschaft Politik und Soziologie

CHEFREDAKTEURE (V.i.S.d.P.)
Nils Heiko Geuenich; Philip Hülsmann

DRUCK
Universitätsdruckerei der Universität Bonn,
Auflage: 150

LAYOUT
Nils Heiko Geuenich

TITELBILD
(c) Tim Reckmann; flickr.com

MITARBEIT
Fachschaft Politik & Soziologie

MIT BEITRÄGEN VON
Annika Fränken, Insa Holste, Laura Meyer, Lilian Sekkai, Nils Geuenich, Philip Hülsmann, Simon Peters, Josephine Lamberti, Niklas Almasi, Anna-Lena Kramer, Daniele Saracino M.A., Marco Jelic M.A., Christiane Heidbrink M.A., Enrico Liedtke M.A.,